



Kreistagsfraktion Lörrach

Klaus Eberhardt • Kirchplatz 2 • 79618 Rheinfelden (Baden)

Landrätin des Landkreises Lörrach
Frau Marion Dammann
Palmstraße 3
79539 Lörrach

Fraktionsvorsitzender

Klaus Eberhardt
dienstlich erreichbar:
Kirchplatz 2
79618 Rheinfelden (Baden)
Telefon 0 76 23 / 95 – 250
Fax 0 76 23 / 95 - 255
k.eberhardt@rheinfelden-baden.de

Versand per E-Mail

30.04.2026

Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 27.02.2026 zur Prüfung eines Anschlusses der geplanten Sprachheilschule des Landkreises Lörrach an das bestehende Nahwärmenetz der Gemeinde Maulburg

Sehr geehrte Frau Landrätin,
sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Marion,

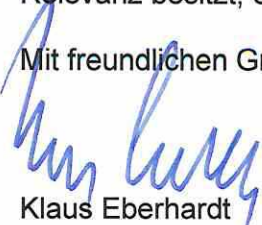
ich nehme Bezug auf unseren oben genannten Antrag sowie auf Ihr Antwortschreiben vom 20.04.2026. Hiermit beantrage ich eine öffentliche Beratung in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung der Thematik.

Ich stelle Ihre Erwägungen zum Status quo nicht in Abrede. Eine dezidierte technische Nachprüfung Ihrer Argumentation sowie eine eigene Kosteneinschätzung ist mir jedoch nicht möglich.

Der von uns angesprochene Punkt bezieht sich allerdings auf einen anderen Aspekt: Derzeit bereitet der Zweckverband Breitband im Rahmen seines Versorgungsauftrags für die Wärmenetzplanung eine Ausschreibung vor. Darin werden als wirtschaftliche Annahmen verschiedene Parameter zum notwendigen Anschlussvolumen eines Netzausbaus definiert, die aus unserer Sicht den Anschluss öffentlicher Gebäude mit bestimmten Wärmeabnahmemengen geradezu nahelegen. Nach unserer Einschätzung sind aufgrund des vorhandenen BHKW in Maulburg die Voraussetzungen für einen Wärmeverbund mehr als günstig.

Es mag zutreffen, dass die derzeitige Umweltbilanz Vorteile für Ihre vorgeschlagene Lösung aufweist. Im Zuge eines Netzausbaus für ein Wärmenetz könnten sich jedoch – entsprechend der Argumentation für den interkommunalen Verbund – die CO₂-Minderungswerte deutlich verbessern. In Ihrer Stellungnahme hätte ich zumindest auch einen Hinweis des Zweckverbands erwartet, dass die vorgeschlagene Lösung aus seiner Sicht betriebswirtschaftlich günstiger ist (was ich allerdings bezweifle). Insofern bleibt für uns die Frage unbeantwortet, warum eine gesamthafte Lösung, die betriebswirtschaftliche, strategische und umwelttechnische Potenziale zur Verbesserung bietet, zugunsten einer „Insellösung“ nicht weiter berücksichtigt wird. Da die Thematik in der Öffentlichkeit durchaus Relevanz besitzt, erwarten wir eine entsprechende Beratung im Umweltausschuss.

Mit freundlichen Grüßen


Klaus Eberhardt
Fraktionsvorsitzender